

Steigende Pflegekosten: Wer soll das bezahlen?

Aktuelle Stunde In Zeiten des Sparens und mit weiser Voraussicht wurde in der Aktuellen Stunde über das Thema «Braucht es in Liechtenstein eine Pflegeversicherung?» diskutiert.



«Es gibt Schlupflöcher in der Ermittlung der Vermögenssituation Pflegebedürftiger.»

CHRISTINE WOHLWEND
FBP-LANDTAGSABGEORDNETE

VON HANNES MATT

Zwei provokante Thesen, die der FBP-Abgeordnete Manfred Batliner aus einer früheren Postulatsbeantwortung der Regierung formulierte, standen dabei im Mittelpunkt. Erstere: «Die Bevölkerung sorgt zu wenig vor: Ohne staatlich verordnete Pflegeversicherung geht es nicht!» Und zweitens: «Die Pflegekosten sollen vermehrt durch die Betroffenen oder deren Familien bezahlt werden!» Es wurde kräftig debattiert: Während die Abgeordneten der VU eher Sympathie für eine Zwangssparlösung im Sinne einer Pflegeversicherung hegten, plädierte die FBP erst auf eine Sanierung der vorhandenen Säulen, bevor man über eine dritte nachdenkt; die Freie Liste stand für einen Ausbau der bestehenden Institutionen ein und die Unabhängigen verlangten mehr Eigenverantwortung.

Heute bezahlt Vater Staat

Ein Pflgetag in der LAK kostet laut Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini durchschnittlich 360 Franken, während der Bewohner nur 111 Franken bezahlt. Die hohe Finanzierung der öffentlichen Hand ist und wird vermehrt zu einer grossen Belastung des Staatshaushalts. «Als Lösung scheidet ein umlagefinanziertes System wegen des schlechten Verhältnisses zwischen Rentnern und Beitragszahlern ebenso aus wie ein rein individuelles Ansparsystem, da die

Kosten im Pflegefall viel zu hoch ausfallen würden», gibt Pedrazzini zu bedenken. Deshalb käme nur eine solidarische Pflegeversicherungslösung infrage - da war sich auch ein Grossteil der Abgeordneten einig.

Für Gerold Büchel (FBP) spielte auch der Fairnessgedanke mit: «Es ist nicht richtig, dass einer spart und seine Pflege aus Ersparnissen bezahlt - ein anderer, der sparen hätte können, dies aber nicht tat, noch «belehnt» wird: Denn dann kommen Staat und Steuerzahler für seine Pflege auf.» Thomas Lageder (FL) kritisierte wiederum: «Es ist momentan keine Anreizstruktur gegeben, dass etwa Prävention oder eigene finanzielle Vorsorge betrieben wird. Denn im Zweifelsfall muss ja der Staat einspringen.» Da stimmte auch Erich Hasler (DU) zu und ergänzte: «Man wird sich überlegen müssen, ob man sich in Zukunft ein Einklassensystem leisten können, in der jeder - ob er vorgesorgt hat oder nicht - die gleiche Pflegeleistung erhalten kann.»

Stopft die Schlupflöcher!

Christine Wohlwend (FBP) fand ebenfalls klare Worte. «Es kann auch nicht sein, dass zur Ermittlung der

Vermögenssituation eines pflegebedürftigen Menschen ausschliesslich seine eigene beurteilt wird.» Auch die Erben und Beschenkten müssten miteinbezogen werden. Für viele stelle es ein Schlupfloch dar, Immobilien und Grundstücke an Kinder zu übertragen, um vor Gemeinde und Staat mittellos dazustehen, deckte die FBP-Fraktionssprecherin auf. «Auch dies ist derzeit eine legale Art und Weise, Ergänzungsleistungen zu beziehen!» Elfried Hasler (FBP) plädierte deshalb dafür, zuerst die bestehenden Systeme zu optimieren, bevor über eine Pflegeversicherung nachgedacht werde: «Grössten Handlungsbedarf sehe ich bei den Pensionskassen. Ich bin der Meinung, dass hinterfragt werden muss, ob die Minimalleistungen nicht zu tief angesetzt sind.»

Kapitalbezug einschränken

Vor allem das Auszahlen der Rente sorgte bei vielen Vertretern für Ärger. «Wir müssen den Kapitalbezug der zweiten Säule ganz einfach einschränken», gab Wendelin Lampert (FBP) seinen Landtagskollegen Zuspriech. Mauro Pedrazzini erklärte, warum: «Die Pflegebedürftigkeit fällt meist in einem sehr hohen Alter an, wenn die bezogenen Barauszahlungen der Pensionskasse längst verbraucht sind.» Dann ist der Staat mit Ergänzungsleistungen gefragt.

Die Zeit drängt, man möchte ja in Zukunft eine kontrollierte, enkeltaugliche Situation vorfinden. Die häuslichen und ausserhäuslichen Pflegefälle werden sich laut einer Schätzung der Regierung bis ins Jahr 2030 verdoppeln und bis 2060 vierfacht haben - die Kosten von über 28 Millionen auf 150 Millionen Franken ansteigen. Es gilt, konkrete Modelle zu finden, da lohnt sich auch der Blick ins nahe Ausland, wo ähnliche Diskussionen laufen.